

Arbeitsverbote für Geflüchtete

Geflüchtete vom Arbeitsmarkt auszuschliessen verhindert ihre langfristige Integration und kostet die SteuerzahlerInnen Millionen.

Die Zunahme der weltweiten Migrationsbewegungen stellt viele Regierungen vor gewaltige politische Herausforderungen. Vor allem in Europa setzen Regierungen auf Druck von rechtspopulistischen Parteien immer häufiger auf Regelungen, die die langfristige Integration der Geflüchteten erschweren.

Regelungen, die den Arbeitsmarktzugang von Geflüchteten betreffen, sind ein gutes Beispiel für diese Dynamik. Geflüchtete zeitweise vom Arbeitsmarkt auszuschliessen kommt WählerInnen entgegen, die sich Sorgen um die zusätzliche Konkurrenz um Arbeitsplätze machen und die Zuzugszahlen als zu hoch wahrnehmen. Gleichzeitig führt es aber auch dazu, dass Geflüchtete vom Staat abhängig bleiben, keine Steuern zahlen und auch langfristig geringe Chancen haben, eine Arbeitsstelle zu finden.

In den meisten EU Ländern gibt es Regelungen, die es Geflüchteten zumindest zeitweise verbieten zu arbeiten. Doch was sind die Kosten solcher Regelungen? Gemäss einer neuen Studie des Immigration Policy Lab (IPL) an der ETH Zürich und der Stanford University zahlen Regierungen, die diese Arbeitsverbote verhängen, einen höheren Preis, als sie annehmen.

Blick in die Vergangenheit

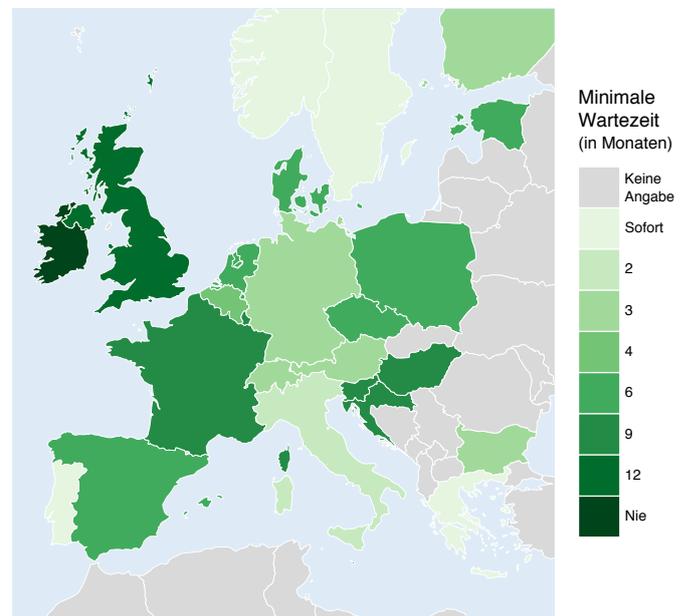
In einer Zeit, in der in ganz Europa über die Bewältigung der Flüchtlingskrise debattiert wird, könnte man meinen, dass ein großes Interesse daran besteht, Geflüchtete zu ermutigen, so schnell wie möglich von Sozialleistungen unabhängig zu werden. In der Praxis werden Geflüchtete jedoch systematisch vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, mitunter weil die langfristigen Auswirkungen solcher Regelungen schwer messbar sind.

Dies hat vor allem zwei Gründe: Erstens erlauben es viele der verfügbaren statistischen Daten nicht, Asylsuchende ohne weiteres von anderen Zuwanderern zu unterscheiden. Zweitens ist es eine Herausforderung, den Effekt von Beschäftigungsverböten von anderen Faktoren zu isolieren, die ebenfalls beeinflussen, ob Geflüchtete sich erfolgreich in den Arbeitsmarkt integrieren.

Wenn Geflüchtete in einem Land mit einem kürzeren Beschäftigungsverbot schneller und dauerhaft Arbeit finden, könnte das an einer Vielzahl von Faktoren liegen, die die Länder unterscheiden.

Forscher des Immigration Policy Labs haben nun einen Weg gefunden, die Folgen von Beschäftigungsverböten zu analysieren. Dafür nutzen sie den Umstand, dass ein Gerichtsurteil aus dem Jahr 2000 die damalige deutsche Regierung Schröder zwang, das Arbeitsverbot für Geflüchtete auf 12 Monate zu verkürzen. Während Asylsuchende, die im Jahr 1999 ankamen, zwischen 13 und 24 Monaten warten mussten bevor sie sich für eine Stelle bewerben konnten, mussten diejenigen, die 2000 ankamen, lediglich 12 Monate warten.

Als die neue Regelung in Kraft trat, kamen die meisten Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien als Asylsuchende nach Deutschland. Anhand des Mikrozensus, einer jährlichen repräsentativen Umfrage in Deutschland, untersuchten die Forscher Personen aus Jugoslawien, die entweder 1999 oder 2000 ankamen; zwei in fast jeder Hinsicht identische Gruppen bis auf den Unterschied von durchschnittlich 7 Monaten längerem Arbeitsverbot.



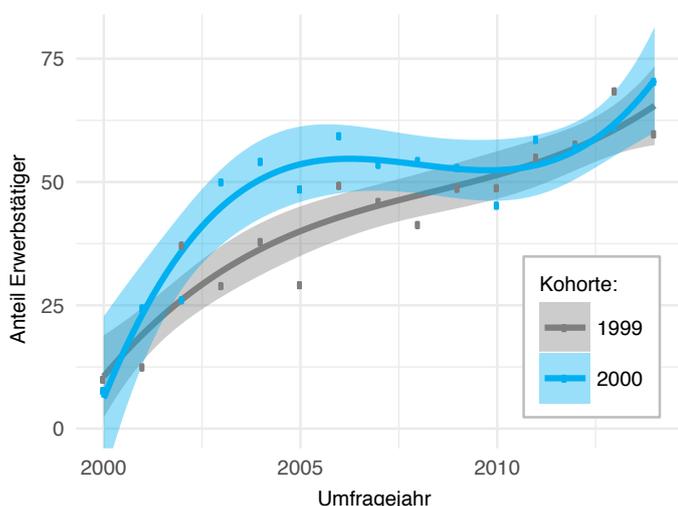
Langfristige Auswirkungen

Kurz nach Ablauf des Arbeitsverbots hatten beide Gruppen niedrige Beschäftigungsquoten aber diejenigen mit kürzeren Wartezeiten überholten diejenigen mit längerer Wartezeit jedoch bald darauf. Nach fünf Jahren hatte etwa die Hälfte der 2000er Gruppe eine Anstellung (49%), während nur 29% der 1999er Gruppe eine Arbeitsstelle gefunden hatte. Erst 2010, zehn Jahre nach Inkrafttreten der neuen Regelung, schlossen die Nachzügler auf. Diese Kluft lässt sich nicht durch allgemeinere Veränderungen in der Wirtschaft erklären, haben die Forscher herausgefunden. So fanden die in den Jahren 1999 und 2000 eingetroffenen türkischen Zuwanderer, welche kaum von der Regelung betroffen waren, ähnlich schnell Arbeit.

Wie ist es möglich, dass ein um durchschnittlich nur sieben Monaten längeres Arbeitsverbot eine so große und dauerhafte Differenz zwischen den beiden Gruppen verursacht? Und warum profitieren diejenigen, die früher ankamen, nicht von der zusätzlichen Zeit im Land, die ihre Arbeitssuche hätte erleichtern können, da sie sich bereits eingewöhnen und soziale Netzwerke aufbauen konnten?

Dauerhafte, unfreiwillige Arbeitslosigkeit kann sehr demoralisierend sein, ein Phänomen, das andere Studien als „scar effect“ bezeichnen. Die viel längere Wartezeit könnte die Motivation der 1999er Gruppe so stark gesenkt haben, dass sie diese nicht sofort wieder reaktivieren konnten als sie endlich eine Arbeit suchen durften. Die Forscher stellen fest, dass es trotz der niedrigen Beschäftigungsquote der 1999er Gruppe weniger wahrscheinlich war, dass diese Gruppe in den Tagen vor der Befragung durch den Mikrozensus nach einem Job gesucht hatte.

Geflüchtete sind vermutlich besonders anfällig für solche „scar effects“. Sie müssen in kürzester Zeit das Trauma von Gewalt und Verfolgung verarbeiten und haben weniger soziale Unterstützung, um die schwierige Situation der Arbeitslosigkeit zu bewältigen.



Die Ergebnisse der Studie unterstreichen wie prägend die ersten Erfahrungen der Geflüchteten im Aufnahmeland sein können.

Kurzfristige Politik

Das deutsche Arbeitsverbot hatte einen hohen Preis für die deutschen SteuerzahlerInnen. Hätten die jugoslawischen Geflüchteten, die 1999 ankamen genauso schnell arbeiten dürfen wie jene, die ein Jahr später ankamen, hätte Deutschland jährlich rund 40 Millionen Euro unter anderem an Sozialhilfeleistungen einsparen können, so die Kostenanalyse der Forscher.

„Arbeitsverbote sind kurzfristig“, sagt Moritz Marbach, Postdoc an der ETH Zürich und Koautor der Studie. „Anstelle Geflüchtete jahrelang vom Sozialstaat abhängig zu machen, sollten Länder wie Deutschland ihre Anfangsmotivation nutzen und Geflüchtete rasch in den Arbeitsmarkt integrieren.“

Kurzfristig mögen Arbeitsverbote den Sorgen der WählerInnen zwar entgegenkommen, langfristig sind sie aber politisch riskant. Wenn Geflüchtete nicht in der Lage sind, für ihren Lebensunterhalt aufzukommen und als Belastung des Sozialsystems wahrgenommen werden, könnten sich Regierungen bald mit einem politischen Aufschrei der WählerInnen konfrontiert sehen. Hinzu kommt, dass deutsche ArbeitnehmerInnen nicht mal unbedingt von einer Politik, die Geflüchtete vom Arbeitsmarkt fernhält, profitieren. Frühere Studien haben gezeigt, dass Geflüchtete auf dem Arbeitsmarkt weder die Löhne der Einheimischen senken noch die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass diese ihre Arbeitsstelle verlieren.

Letztendlich kommt eine Politik, welche die Motivation der Geflüchteten sich rasch zu integrieren und ein produktiver Teil der Gesellschaft zu werden optimal fördert, nicht nur den Geflüchteten selbst, sondern allen SteuerzahlerInnen im Aufnahmeland zugute.

“The long-term impact of employment bans on the economic integration of refugees”, Moritz Marbach, Jens Hainmueller, and Dominik Hangartner, Science Advances (September 2018).

ipl immigration
policy
lab

Stanford | Zurich • immigrationlab.org